

Zahnarztkosten:

Für Entlastung der Familienbudgets

FBP-Postulat wird in der ersten Landtagssitzung dieses Frühjahrs behandelt

Wenn der Landtag nach der (üblichen) Winterpause im kommenden März/April für den vierten und letzten Abschnitt der laufenden Legislaturperiode von S. D. dem Landesfürsten eröffnet wird, stehen gleich zu Beginn einige wichtige Geschäfte an. Unter diese darf oder muss man auch ein Postulat aus den Reihen der FBP-Fraktion einreihen, welches den Einbezug der Zahnarztkosten in die allgemeine Krankenversicherung zum Ziel hat. Die sehr hohen Zahnarztkosten, welche insbesondere die Familienbudgets der mittleren und unteren Einkommensbezieher erheblich belasten, werden als Problemkreis schon seit langer Zeit diskutiert. Aufgrund des parlamentarischen Vorstosses aus der FBP-Fraktion besteht Aussicht, dass dieses Thema nun doch eingehender geprüft wird.

Das Postulat wurde von folgenden Abgeordneten der FBP-Fraktion unterschrieben: Dr. Peter Marxer, Josef Biedermann, Emanuel Vogt, Armin Meier, Noldi Frommelt, Franz Elkuch und Josef Frommelt. Anlass zur Einreichung

des Postulates gab der FBP-Fraktion die Verabschiedung der Gesetzesvorlage über die Verbesserung der Schulzahnpflege, die über das Ressort Sanität (RR Anton Gerner) von der Regierung eingebracht und am 18. Dezember 1980 vom Landtag einhellig verabschiedet wurde.

Begründung des Postulates

In ihrer Begründung zum Postulat halten die vorerwähnten Abgeordneten der FBP-Fraktion zunächst fest, dass die Gesetzesvorlage über die Schulzahnpflege einige wesentliche Verbesserungen mit sich bringe: «Die Regierung kann mit Verordnung den Zeitpunkt festlegen, ab welchem die Korrektur von Zahnstellungsanomalien der Schulzahnpflege unterstellt wird. Von diesem Zeitpunkt an könnten die Schulträger auch an die Kosten für die Behandlung von Zahnstellungsanomalien Beiträge leisten.»

Für baldige Inkraftsetzung

«Die unterzeichneten Abgeordneten ersuchen die Regierung, die notwendigen Massnahmen zu treffen, damit Artikel 17 der Gesetzesvorlage möglichst

bald in Kraft gesetzt werden kann. Eine grosse Bedeutung kommt dabei den prophylaktischen Massnahmen zu, die systematisch und zielstrebig ausgebaut werden müssen. Es geht dabei in erster Linie darum, in den breiten Bevölkerungsschichten das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Zahnpflege zu wecken. Die wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnis, dass Kariesschäden vermeidbar sind, muss in die Öffentlichkeit hineingetragen werden.»

Zahnarztkosten als Belastung

«Es wird eine gewisse Zeit dauern, bis sich aufgrund der prophylaktischen Massnahmen eine erhebliche Verbesserung der Situation ergibt. Während dieser Zeit werden die Zahnarztkosten für manches Familienbudget eine erhebliche Belastung bedeuten. Deshalb haben wir uns entschlossen, in Ergänzung zur Gesetzesvorlage über die Schulzahnpflege dieses Postulat einzureichen.»

Problem des Selbstbehaltes

«Bei der Überprüfung der Frage, ob Zahnarztkosten in die allgemeine

Krankenversicherung hineingenommen werden können, ist unseres Erachtens auch erneut auf das Problem des Selbstbehaltes einzutreten.

Die Einführung eines bestimmten Selbstbehaltes zu Lasten des Patienten ist prüfenswert, denn ohne dass sich der Versicherte mitverantwortlich fühlt, sind auf diesem Gebiet kaum Fortschritte zu erwarten. Es ist zudem damit zu rechnen, dass die Belastung, die für die Krankenkassen wegen des Einbezuges der Zahnarztkosten entstehen würde, vertretbar ist, wenn die prophylaktischen Massnahmen eine möglichst breite Bevölkerungsschicht erfassen.»

Behandlung in der nächsten Arbeitssitzung

Gemäss Geschäftsordnung muss das am 18. Dezember eingebrachte Postulat aus der FBP-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung gesetzt werden. Dies bedeutet, dass sich der Landtag bereits in seiner ersten Sitzung im neuen Jahr damit befassen wird.

VOLKSBLATT-Kommentar:

Alte Forderung

Einbezug der Zahnpflegekosten in die Krankenversicherung

Das Netz der Sozialen Sicherheit, das uns vor den Folgen des Alters, der Invalidität, der Krankheit oder der Arbeitslosigkeit schützt, ist weit gespannt und eng geknüpft. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die sozialen Sicherheiten, die unser Land seinen Einwohnern heute bietet, in keinem Bereich auf Druck von besonders bedürftigen Kreisen etwa, von unten nach oben, entstanden sind. Es war jeweils das Verdienst weiblickender Politiker, dass die Initiative für die Errichtung oder den Ausbau bedeutender Sozialwerke sozusagen von oben kam. Erinnern wir uns beispielsweise an die AHV, für deren Einführung der damalige Regierungschef Alexander Frick eine persönliche Werbekampagne durchs ganze Land machte. Heute wäre sie nicht mehr aus unserem Leben wegzudenken. Das gleiche gilt wohl auch für die Invalidenversicherung, die Arbeitslosenversicherung und vor allem für die Krankenversicherung. Das Netz unserer sozialen Sicherheit kann heute nicht mehr wesentlich ausgebaut, aber dafür in Teilbereichen noch verbessert und verfeinert werden. Ein solcher Teilbereich sind die Zahnpflegekosten, die manches Familienbudget mitunter sehr stark belasten. Niemand hat es in der Hand, ob er mit guten oder schlechten Zähnen geboren wird. Die einen brauchen weniger, die anderen mehr Pflege. Der Einbezug der Zahnpflegekosten in die allgemeinen Leistungen der Krankenversicherung, wie ihn jetzt 7 FBP-Abgeordnete in einem fordern, ist nicht neu. Diese Forderung steht auch im FBP-Programm des Jahres 1978. Bei ihrer Realisierung wird es darum gehen, einen Weg zu finden, der wirtschaftlich tragbar ist und den Begünstigtenkreis so einschränkt, dass jene von dieser zusätzlichen Leistung der Krankenkassen profitieren, die auch wirklich darauf angewiesen sind. Es wird also zweifellos noch eine Weile dauern, bis man den besten Weg auf dieses Ziel hin gefunden hat. - Zunächst aber muss das Postulat im Landtag überwiesen werden. Man darf sicher davon ausgehen, dass der FBP-Vorstoss auch die nötigen Stimmen aus der VU-Fraktion erhält, die er braucht, um angenommen zu werden.

W. B. WOHLWEND

Staats- und Landeskunde für Erwachsene

Das Frühlingsprogramm der Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung erweitert sein Angebot

Das Frühlingsprogramm der Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung (Leitung: Werner Hasler) zeichnet sich erneut durch seine Vielfalt aus. Besonders erfreulich aber ist zweifellos die Tatsache, dass

mehrere Veranstaltungen der nächsten Wochen und Monate direkt und indirekt auf staats- und landeskundliche Inhalte ausgerichtet sind. Denn wenn von mangelhaftem Staatsbewusstsein wegen mangelndem Staatskundeunterricht die Rede ist, meint man meist die Jungen. Dabei stellt man immer wieder fest, dass der Staat in dem sie leben, auch für viele erwachsene Bürger ein weitgehend unbekanntes Wesen darstellt.

Bereits am 3. Februar organisiert die Arbeitsstelle eine Führung durch das Landesmuseum. Die Führung wird vom Konservator des Museums, Felix Marxer, geleitet. Eine Woche später findet eine Besichtigung des Landesarchivs unter der Leitung von Dr. Alois Ospelt statt. Für alle, die sich für die weiteren Veranstaltungen aus dem staatskundlichen Bereich interessieren, ergibt sich hier zum Auftakt interessanter Anschauungsunterricht.

An fünf Abenden, vom Mittwoch, dem

4. März bis zum 1. April bietet sich Gelegenheit zur Teilnahme an einem Einführungskurs in das liechtensteinische Recht. Der Referent, Anton Gubser, den unsere Leser von verschiedenen Beiträgen im VOLKSBLATT kennen, wird versuchen, auf möglichst allgemein verständliche Art ins Rechtsleben unseres Landes einzuführen. Folgende Themen werden behandelt:

Allgemeine Grundlagen des Liechtensteinischen Rechts

- Wie entsteht ein Gesetz, eine Verordnung
- Wie baut sich ein Gesetz auf
- Wo findet man die Gesetze und Verordnungen
- Wo ist das Liechtenst. Rechtssystem entstanden

Verfassung und Verwaltung im Fürstentum Liechtenstein

- Entstehung und Inhalt der Verfassung
- Streifzug durch die Grundrechte

- Ausgewählte Beispiele aus dem Verwaltungsrecht (Gewerbe-, Grundverkehrs-, Strassenverkehrsrecht)
- Gerichte und Verfahren im Verwaltungs- und Verfassungsrecht

Das Privatrecht

Kurzer Überblick über das Liechtenst. Privatrecht

- aus dem Familienrecht: die Ehe
- aus dem Erbrecht: Erbfolge und Testament
- aus dem Vertragsrecht: Mieterschutz, Arbeitsverträge, Ratenkäufe
- aus dem Handelsrecht: wer ist Kaufmann und die Rechtsfolgen daraus
- aus dem Immaterialgüterrecht: Patente, Marken und unlauterer Wettbewerb
- aus dem Personenrecht: Handlungsfähigkeit und Bevormundungsfälle

Fortsetzung auf S/2

Am 29. Januar im TaK:

Totales Theater

Tamuté-Tanztheater-Guatemala

Um es gleich vorweg zu sagen, mit Folklore hat dieses Tanztheater überhaupt nichts zu tun! Die 1979 im Tessin gegründete Gruppe, die aus der berühmten Schule von Dimitri hervorgeht, besteht aus den beiden guatemalteckischen Tänzern Lisseth Aguilar und Erwin Schumann, dazu kommen der Musiker Oliviero Giovannoni und der Musik-Clown Matthäus Buckel. In der Produktion «Frei geboren - oder nicht?» wird der «Werdegang des Menschen von der Geburt bis zur Vollendung» dicht und spektakulär präsentiert. Alltägliche Erfahrungen, Naivität als ureigenes Theatermittel, komödiantische, tänzerische, pantomimische und musikalische Möglichkeiten unter Einsatz von optischen Effekten à la «Sont et Lumière» sind das Konzentrat dieses «Werdegangs». Kinder werden geboren, sie lernen die Welt kennen, sind natürlich und offen. Doch dann werden die Grenzen spür- und sichtbar, die materielle Welt wird ein Teil des Bewusstseins, in der Pubertät treten tiefgreifende Veränderungen auf, Konflikte entstehen, jeder geht seinen Weg, jagt seinen individuellen Idealen nach, verwirklicht Träume. «Das ist ein Spiel ohne Grenzen in Inhalt wie Struktur. Es wird getanzt (und viel). Raffiniert, fröhlich und doch ernsthaft. Totales Theater, oft übertrieben, hier ist es mit seiner sensorischen Überladung ein faszinierendes, sinnliches Ereignis. Choreographie, Dramaturgie, Musik und Lichteffekte sind meisterhaft. Diese Gruppe hat restlos begeistert...»

Liechtensteiner Wirtschaftsprognose 1981

Eine Umfrage der Verwaltungs- und Privatbank AG (VPB)

In den ersten zwei Wochen des neuen Jahres hat die VPB erneut eine Umfrage bei 18 leitenden Persönlichkeiten der liechtensteinischen Wirtschaft gemacht. Gefragt waren die Erfahrungen des abgelaufenen Jahres und die Aussichten für 1981. Eine Zusammenfassung dieser Umfrage ist im neuesten Anlage-Brief der VPB erschienen.

Die vor einem Jahr zum Ausdruck gekommene Zurückhaltung bezüglich der Entwicklung im 2. Halbjahr 1980 hat sich nur teilweise bestätigt: Alles in allem ist das Jahr 1980 ein sehr gutes Jahr gewesen mit sehr hohem, ja teilweise noch rasant steigendem Beschäftigungsgrad und guter bis sehr guter Ertragslage. In einigen nicht unbedeutenden Fällen sind dafür jedoch Sondereinflüsse verantwortlich, und nicht zuletzt auch ein überaus starkes erstes Halbjahr, das eine gewisse Abschwächung insbesondere im 4. Quartal ohne weiteres aufzuwiegen vermochte.

Vor diesem nicht mehr ganz ungetrübten Hintergrund werden die Beschäftigungsaussichten für 1981 trotzdem noch als gut eingeschätzt, während man ein-

deutig mit schlechteren Erträgen rechnet. Man ist also durchaus optimistisch, obwohl die weltwirtschaftliche Abkühlung unverkennbar ist. Dies gilt auf jeden Fall für das erste Halbjahr 1981, das oft noch von fetten Auftragspolstern aus dem verflornten Jahr zehren kann. Der Optimismus wird auch durch die Tatsache gewährt, dass etliche der Firmen neue Pfeile in ihrem Produktkoffer haben (oder entwickeln).

Nach den grössten voraussichtlichen Problemen gefragt, erwähnt eine überwältigende Mehrheit der Wirtschaftsführer die Arbeitsmarktlage, wo eine grosse Nachfrage einem kleinen Angebot gegenübersteht. Insbesondere der Dienstleistungssektor wird angesprochen, und man wünscht sich lenkende Massnahmen vom Staate. Betrachtet man andererseits die effektive Reaktion der Unternehmen auf die seit Jahren gespannte Arbeitsmarktlage, die durch den Strukturwandel innerhalb des Industriesektors und ganz generell zur Dienstleistungsgesellschaft hin für manchen Betrieb noch verschärft wird, dann wird offensichtlich, dass viele

Unternehmer nicht so recht an eine Wirksamkeit staatlicher Massnahmen glauben. Man verlässt sich vielmehr lieber auf die eigene Kraft, was sich nicht zuletzt in einem steigenden Anteil neuer Produkte und dem Einsatz von Spitzentechnologie zeigt.

Weder die Teuerung noch die Wechselkurse stehen oben auf der Liste der wichtigen Probleme für 1981. Hingegen wird doch beachtlich oft von einem möglichen Beschäftigungseinbruch im 2. Halbjahr 1981 gesprochen.

Zwei Drittel der Wirtschaftsführer sahen ganz grundsätzlich für ihre Branche und ihr Unternehmen eine «japanische Gefahr», wobei ein Drittel der Betriebe schon seit Jahren mit japanischer Konkurrenz lebt und praktisch alle, die von einer möglichen Gefahr sprechen, glauben, dass sie einen Konkurrenzkampf gut bestehen werden. Hintergründig kommt hier - wie auch schon andernorts - gelegentlich jedoch die Sorge vor der Verletzlichkeit unseres hohen Lebensstandards zum Ausdruck.

Sport am Wochenende

Langlauf: Neue Titelträger

Die neuen Landesmeister im Langlaufen wurden übers Wochenende im Steg erkoren. Konstantin Ritter bei den Herren und Claudia Sprenger bei den Damen schwingen oben aus.

Skiweltcup

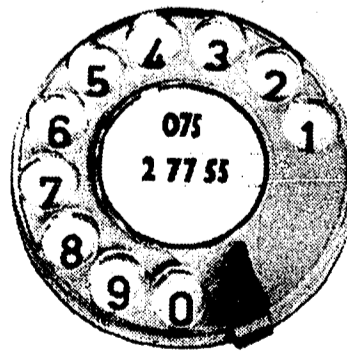
Hanni Wenzel setzte mit einem 3. Rang beim Riesentorlauf in Les Gets ihre Aufholjagd fort.

Beim Slalom in Wengen belegten Paul Frommelt den 9. und Andi Wenzel den 16. Rang.

Galina auf Siegeskurs

Weiterhin auf Siegeskurs befindet sich der VBC Galina. Am Samstag siegten die Schaaner sicher mit 3 : 0 gegen Liestal.

Für Leasing



BILFINANZ
AKTIENGESELLSCHAFT
FL-9490 VADUZ · TELEFON 075 / 27755